



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN

Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes

Österreichische Post-AG
Sponsoring Post

Nr. 85 – April 2009

GZ02Z032719 S

Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

**Besuchen Sie uns täglich im
INTERNET
www.khd.at**

Wir bieten umfassende, laufend aktualisierte Informationen:

- Unsere Zeitung „DER KÄRNTNER“ (auch ältere Ausgaben) vollinhaltlich zum Nachlesen und als PDF-Datei zum Ausdrucken
- **Presseaussendungen** und alle wichtigen **Presseberichte** über den KHD täglich aktualisiert
- Berichte mit vielen Bildern über **Veranstaltungen**
- **Grundprinzipien** des KHD und Infos über **Beitritt zum KHD**
- **Online Shop, Kontakt und Gästebuch.**

Geben Sie unsere Internet-Adresse auch an Ihre Kinder, Enkelkinder und Freunde weiter!

Den Hass überwinden

Palästinensische und israelische Opfer im Schmerz verbunden

Der palästinensische Vater

Die „Krone“ berichtet über den palästinensischen Arzt Dr. Iss al-Din Abu al-Aisch, der bei einem Raketenangriff der Israelis drei seiner Töchter verloren hat. Trotz seines Schmerzes klagt er niemanden an.

Er will, dass seine Kinder, die überlebt haben, ohne Hass auf den anderen aufwachsen. Trotz – oder gerade wegen – allem.

Die israelische Mutter

Unter dem Titel „Es ist der Schmerz, der uns verbindet“ berichtet die „Kleine Zeitung“ über Robi Damelin, die 69-jährige Mutter aus dem israelischen Tel Aviv, die Familienmitglieder verloren hat und die nicht bereit ist, aus ihrem Schmerz Rache werden zu lassen. Sie kämpft in einer Gemeinschaft von 500 israelischen und palästinensischen Familien mit gleichem Schicksal für die Versöhnung.



Der palästinensische Vater mit einer seiner Töchter, die einen israelischen Angriff überlebt hat.

Was können, ja was müssen wir Kärntner daraus lernen?

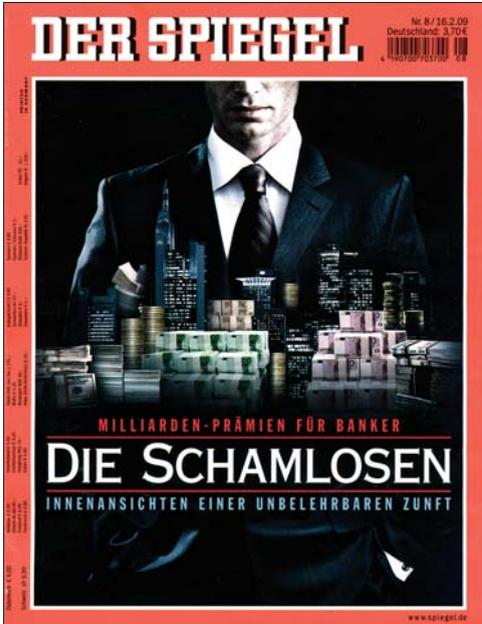
- Dass wir uns glücklich schätzen sollten, in einem so schönen und friedlichen Land zu leben
- dass es an der Zeit ist, die für Deutschkärntner wie für Slowenischkärntner gleichermaßen belastende Geschichte gemeinsam aufzuarbeiten
- dass wir angesichts der drohenden katastrophalen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise umso mehr bestrebt sein müssen, unseren vergleichsweise unbedeutenden Sprachens Streit im Dialog zu lösen.

Josef Feldner

Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise:

Die grenzenlose Gier

Die globale Finanzblase ist geplatzt. Noch nie gab es eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise solchen Ausmaßes. Die Ursachen sind bekannt, die Folgen allerdings noch nicht abschätzbar.



So wie das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ stellen heute viele die Frage „Wie konnte das alles geschehen?“

Auch wir haben uns damit befasst und wollen unseren Lesern einen Überblick über die Ursachen der Katastrophe verschaffen. Über die Folgen wagen noch nicht einmal die besten Finanzexperten sichere Prognosen zu stellen.

Investmentbanken als Auslöser der Krise

Im September 2008 musste „Lehman Brothers“, eine Investmentbank mit Sitz in New York, den Konkurs anmelden und riss in der Folge viele weitere Investmentbanken mit in den Abgrund. 700 Milliarden Dollar musste Ex-Finanzminister Henry Paulson mobilisieren, um das Schlimmste zu verhindern. Doch das reichte bei weitem nicht. Seither müssen Billionen nachgeschossen werden und keiner kann sagen, ob die Staaten die Schulden die sie dafür aufnehmen mussten, je wieder abtragen können. Die nunmehrige weltweite Krise – eigentlich müsste man von einer Katastrophe sprechen – ist die Folge eines Systems, das Investmentbanker erfunden haben und von dem sie am meisten profitierten. Ein System, das nicht die Kreditversorgung der Wirtschaft, sondern die Rendite in den Mittelpunkt der Überlegungen stellte, mit vorgegaukelten Werten, ohne Sicherheiten, erkaufte mit Risiken, die, als sie fällig wurden, das ganze System zum Einsturz brachten.

Bonussystem als Brandbeschleuniger

Auf Basis eines abenteuerlichen Bonussystems der börsenorientierten weltweit vernetzten Finanzkonzerne wurden immer wildere Produkte mit immer riskanteren Strukturen kreiert, die nach Art der Pyramidenspiele verkauft wurden. Risikopapiere verdrängten rasant traditionelle und seriöse Bankprodukte. 2007 fanden in den USA bereits 40% der gesamten Bankgeschäfte im Wert von vier Billionen Dollar im riskanten Bereich statt. Diese Entwicklung setzte sich rasch weltweit fort.

Niemand machte sich Sorgen. Es gab Anlagengeld in Hülle und Fülle, u. a. Billionen aus China oder Dubai. Die Banken verkauften die Kreditrisiken, investierten immer mehr Geld ihrer Aktionäre in dubiose Anlagen und machten damit gigantische Gewinne, die in einer Größenordnung von bis zu 50(!) Prozent direkt in die Taschen der grenzenlos gierig gewordenen Investmentbanker flossen, die das Risiko von Wettverlusten auf die Aktionäre absoben. Dieser Gier-Mechanismus war es, der die Finanzkrise mit verursachte.

Alles drehte sich um den Bonus und je höher der Wettgewinn, desto besser der Bonus. Ein für Normalbürger unvorstellbarer Geldfluss. 111 Milliarden Dollar an Bonusgeldern wurden zwischen 2005 und 2008 allein für die New Yorker Wall-Street-Banken ausgeschüttet.

Der Bonus sorgte für Luxus und für Exzesse jeder Art. 70 Millionen Dollar und mehr wurde für eine Penthouse-Wohnung gezahlt. In New York entstand ein Apartmentgebäude für Banker im Gesamtwert von 2 Milliarden Dollar. Die Banker bauten sich eigene Golfplätze und flogen im Privat-Jet.

18.819 Dollar Stundenlohn

Auch angesichts der sich schon abzeichnenden Katastrophe blieb die Gier der „Bankster“ („Der Spiegel“ für „Gangster in Nadelstreifen“) ungebrochen. 2007, ein Jahr vor der Pleite zahlten „Lehman Brothers“ Bonusgelder in der Höhe von 9,5 Milliarden Dollar, der schon angeschlagene Riese „Morgan Stanley“ schüttete 16,5 Milliarden aus und die Investmentbank Goldman Sachs bedankte sich mit 18 Milliarden Dollar bei seinen Mitarbeitern, 623.000 Dollar im Schnitt, von denen Chef Lloyd Blankfein 68 Millionen kassierte, was, wie das deutsche „manager magazin“ berichtet, einen Stunden-

lohn von 18.819 Dollar ergibt. Als die Bonuszahlungen auch noch 2008, im Jahr in dem die Finanzkatastrophe schon voll ausgebrochen war in unverminderter Höhe flossen – bereits schon mit dem Geld der Steuerzahler und noch dazu an Leute, die die Katastrophe mit verursacht hatten – reagierte die Masse der US-Bürger empört. Inzwischen sind T-Shirts mit der Aufschrift „Ich hasse Investment Banking“ der Verkaufsschlager. Erst heuer begannen die USA dagegen zu steuern. Nach erfolgter Vorstellung des Rettungsplans für die Finanzbranche wurde die Managerbezahlung auf 500.000 Dollar Gehalt inklusive Boni gedeckelt.

Von einem Umdenken an der Wall Street ist jedoch nichts zu bemerken. Das „Wall Street Journal“ spricht sich in einem Artikel mit dem Titel „Gier ist gut“(!) gegen eine Begrenzung des Bonisystems aus.

„Giga-Wahn“ auch in Deutschland

Von Amerika breitete sich die Gier in der längst bereits globalisierten Wirtschaft auf die ganze Welt aus.

Damit einher geht der Wahn, dass „immer mehr“ und „immer größer“ das Erstrebenswerteste sei. Sozusagen von „groß“ über „mega“ zum „giga“.

Ein Denken, das der Begehrlichkeit keine Grenzen mehr setzt. Diese Begehrlichkeit hat natürlich auch nicht vor Österreich Halt gemacht. Auch bei uns schütten Konzernen viele Millionen an Bonusgeldern aus, und zwar auch an erfolglose Manager.

Hier behandelt werden sollen jedoch drei Beispiele für „Giga-Wahn“ aus Deutschland:

Sorgenkind Dresdner Bank

Die Dresdner Bank, seit Anfang 2009 eine Tochter der Commerzbank Gruppe, schüttete 2008 für 9 Bankvorstände insgesamt 58 Millionen Euro an Gehältern und Abfindungen aus, 6,4 Millionen für jeden im Schnitt, und das trotz eines Rekordverlusts von 6,3 Milliarden Euro!

Die Investmentbanker der Dresdner Bank-Tochter „Dresdner Kleinwort“ um ihren früheren Chef Stefan Jentzsch klagten für 2008, trotz mindestens 2,5 Milliarden Verlust, 400 Millionen Euro Bonuszahlungen ein. Jentzsch selbst hatte trotz der Riesenverluste seine Abfindung von 8 Millionen Euro bereits ausbezahlt bekommen und zwar rechtlich einwandfrei!



Die BILD-Zeitung brachte die 9 Banker unter dem Titel „Die gierigen Geldsäcke“ auf die Titelseite.

Milliardengrab Hypo Real Estate

Die Hypo Real Estate (HRE), eine deutsche Bankenholding mit Sitz in München, spezialisierte sich auf hochriskante Anlageprodukte. Neben diesen Risikopapieren hält HRE aber auch eines der bislang solidesten Anlageprodukte, den deutschen Pfandbrief im Wert von 150 Milliarden Euro. Dennoch könnte selbst aus dem Pfandbrief ein „Brandbrief“ werden, dann wenn die Hypo Real Estate mitsamt ihrer 400 Milliarden-Bilanz bei 5 Milliarden Verlust im Jahr 2008, kollabiert. Um das zu verhindern, hat der deutsche Staat die HRE bereits mit 102 Milliarden Euro an Kapitalhilfen und Garantien unterstützt. Mitte April stellte der Bund den HRE-Aktionären ein Ultimatum bis zum 4. Mai ihre Anteile um 1,39 Euro je Aktie, die 2004 noch 55 Euro wert war, zu verkaufen.

Wieviel sind 102 Milliarden Euro?

Jedenfalls ein Betrag, der für uns außerhalb der Vorstellungsgrenze liegt. Diesen Betrag setzt der deutsche Staat zur Rettung einer einzigen Bank, der Hypo Real Estate Bank, ein. Würden diese 102.000 Millionen Euro auf die rund 80 Millionen deutschen Bundesbürger aufgeteilt werden, dann erhielte jeder einzelne 1.250 Euro auf die Hand.

Es bleibt abzuwarten, wie diese hochexplosive Angelegenheit ausgeht. Für den deutschen Staat ist die HRE als wichtiger Herausgeber von Pfandbriefen von großer Bedeutung. Daher muss eine Pleite, die weltweite Auswirkungen hätte, unter allen Umständen vermieden werden.

Deutsche Bank: Bonuszahlungen trotz Milliardenverlust

Auch die größte Bank Deutschlands mit 80.000 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme

von 2.202 Milliarden Euro, zählt zu den ganz Großen in den hochspekulativen Geschäften, die schließlich die Finanzkrise auslösten. 2008 verursachten deren Investmentbanker einen Verlust von 7,4 Milliarden Euro. Nur den stabilen Geschäftszweigen verdankt die Bank, dass der Verlust auf 3,9 Milliarden Euro begrenzt blieb. Dennoch verteilte die Deutsche Bank 3,5 Milliarden Euro. Von der Sekretärin bis zum Derivate-Spezialisten bekam jeder im Durchschnitt 234.000 Euro.

Gier ohne Konsequenzen am Beispiel des Superhändlers Boaz Weinstein

Ein Superbeispiel dafür, wie es im Bereich von hochspekulativen Geschäften zugeht, ist der New Yorker Investmentbanker Boaz Weinstein, 35, der das Bild der Deutschen Bank prägt.

Mit 27 war Weinstein einer der jüngsten Direktoren und – wie „Der Spiegel“ kürzlich schrieb – einer der besten Superhändler der Deutschen Bank. In dieser Funktion, ausgestattet mit Milliarden zum Zocken an den Börsen, sackte er regelmäßig 50 % der von ihm erzielten Gewinne ein und verdiente so bis zu 40 Millionen Dollar jährlich. Als es allgemein abwärts ging, machte er mit seiner Abteilung 1,8 Milliarden Dollar Verlust, verließ – allerdings nun ausnahmsweise ohne Bonus – die Deutsche Bank und gründete ohne jegliche Konsequenzen befürchten zu müssen ein eigenes Hedgefonds-Unternehmen. Ein Schuldeinbe-

kenntnis gibt es nicht. Einen Ankläger auch nicht. Weinstein will nach neuem Anlauf weiter Geld scheffeln. So altmodische Begriffe, wie moralische Bedenken oder Verantwortungsbewusstsein gegenüber Mitmenschen, werden ihm wohl weiter fremd bleiben.

So kann es nicht weitergehen. Es werden alle umdenken müssen!

Eine Rückbesinnung auf den Menschen und damit im Zusammenhang auf Verantwortung und Moral ist nun oberstes Gebot. Das gilt nicht nur für die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. Es wird auch jeder einzelne Bürger seine bisherige Lebensweise hinterfragen müssen. Seien wir ehrlich: Die „Bankster“ hätten ohne das „Alles-haben-müssen-Denken“ unserer Wohlstandsgesellschaft nicht so erfolgreich sein können. Wir werden bescheidener werden müssen. Ohne Jagd nach dem großen Geld, das der Masse ohnehin stets verschlossen blieb.

In der Hoffnung, dass die Rettungsmaßnahmen der Staaten das Ärgste werden abwenden können, werden wir notwendige Einbußen zur Kenntnis nehmen und unser Leben danach ausrichten.

Wir müssen trotz allem optimistisch bleiben: Auch diese Wahnsinnskrise wird überwunden werden, wenn auch mit schmerzlichen Eingriffen für uns alle. Sollte die Menschheit daraus lernen, dann hätte diese Krise auch etwas Gutes gehabt.

Risikopapiere steigerten die Gier

Was sind PIK Notes?

Risikopapiere, Hauptursache für die Finanzkrise, machen heute einen hohen Anteil an den Geschäftsbereichen der Banken aus.

Eines solcher Hochrisikopapiere sind PIK Notes, eine Art von Darlehen, mit der sehr riskante Firmenübernahmen finanziert werden. Der Kreditnehmer zahlt zunächst weder Zins noch Tilgung. Er begleicht die gesamte Rechnung erst am Schluss, wenn überhaupt. Das geht so: Bei einer mit 9% verzinsten fünfjährigen PIK Note über beispielsweise 100 Millionen Euro für den überkauften Erwerb einer Firma wird lediglich versprochen, am Ende der Laufzeit 154 Millionen zurückzuzahlen.

Da jedoch kein vernünftiger Bankier auf die Idee kommen würde, während der gesamten Laufzeit auf Zins und Tilgung zu verzichten, werden solche PIK Notes weiterverkauft.

Wenn in unserem Beispiel ein Hege-Fond (risikoreiche Art von Investitionsfonds) die PIK Note für die übernommene Firma kauft, kassiert er – unter Berücksichtigung einer angenommenen Wertsteigerung auf 154 Millionen Euro – insgesamt 18,5 Millionen und die wer-

den ihm jedenfalls noch lange vor Fälligkeit der PIK Note ausgezahlt. Er darf somit seinen Gewinn behalten, auch wenn am Ende die Sache schief gehen sollte.

Wie der Finanzprofi Hans Albrecht im deutschen Nachrichtenmagazin „Focus“ dazu sarkastisch feststellt, wird dieser „Giftmüll“ in kettenbriefähnlicher Manier immer weiterverkauft, bis ganz zum Schluss „der größte Dummkopf“ darauf sitzenbleibt – das waren in Deutschland vor allem die Staatsbanken.

Albrecht fordert vom Gesetzgeber, den Banken, Sparkassen, Pensionskassen und Lebensversicherungen zum Schutz der normalen Sparer, deren Ersparnisse sie verwalten, zu verbieten in Produkte wie PIK Notes zu investieren. Da dies bisher nicht geschehen ist, sind die Regierungen derzeit bemüht, die vielen Milliarden faulen Risikopapiere mit gewaltigen Kosten aus den Bilanzen der Banken zu entsorgen.

Bemerkenswertes in Kürze



Josef Feldner (Bildmitte) mit Marjan Sturm (links) bei ihrer Buchpräsentation mit Repräsentanten der deutschen Volksgruppe und weiteren Teilnehmern in Marburg/Maribor. Der Verständigungskurs des KHD ermöglicht diesem eine weit effizientere Unterstützung der deutschen Volksgruppe als zu Zeiten der Konfrontation. (Amateurfoto)

Heimatdienst unterstützt die deutsche Volksgruppe in Slowenien

Dem Kärntner Heimatdienst ist es seit Jahren ein großes Anliegen, die laut Statistik nur wenige Tausend Personen umfassende deutsche Volksgruppe in Slowenien sowohl finanziell zu unterstützen als auch für deren Interessen in Wien zu intervenieren. So appellierte KHD-Obmann Feldner am 11. März dieses Jahres an Außenminister Michael Spindelegger anlässlich seines Staatsbesuches in Slowenien, auch die Frage der deutschen Volksgruppe zu thematisieren und dabei für die Förderung der kulturellen Tätigkeit dieser kleinen Minderheit einzutreten.

In ihrem Antwortschreiben weist Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger im Namen des Außenministers darauf hin, dass Österreich „das Anliegen der ausdrücklichen Anerkennung der Deutschsprachigen in Slowenien als Volksgruppe ... wiederholt vorgebracht hat“, dass „wiewohl der Nachdenkprozess auf slowenischer Seite noch nicht abgeschlossen ist ... eine verstärkte Wahrnehmung und Wertschätzung der Deutschsprachigen in Slowenien zu beobachten“ sei.

Der KHD weiß zwar jeden Fortschritt in dieser Richtung zu schätzen, wird sich jedoch weiterhin engagiert für eine weitere Verbesserung der Situation der deutschen Volksgruppe einsetzen und wird parallel dazu – wie schon in den Vorjahren – die Vereine der Volksgruppe im Rahmen seiner Möglichkeiten finanziell unterstützen.

KHD gegen Änderung des bestehenden Schulsystems in Südkärnten

Der Erziehungswissenschaftler an der UNI Klagenfurt, Vladimir Wakounig, tritt in seinem

soeben erschienen Buch „Die zweisprachige Schule in Kärnten 1945 – 2006“ für einen verbindlichen zweisprachigen Unterricht aller Volksschüler im örtlichen Geltungsbereich des Minderheitenschulgesetzes ein.

In einer Stellungnahme für die „Kleine Zeitung“ lehnt KHD-Obmann Feldner eine Änderung des bestehenden Schulsystems ab. Feldner wörtlich:

„Eine Rückkehr zum verbindlichen zweisprachigen Unterricht für alle Kinder, der 1958 nach einer von 83% der Eltern unterstützten Abmeldeaktion abgeschafft worden war, wird vom Kärntner Heimatdienst abgelehnt.“

Auch wenn die zunehmende Bereitschaft innerhalb der Mehrheitsbevölkerung in Südkärnten zum Erlernen der slowenischen Sprache zu begrüßen ist, so sollte der Wahlmöglichkeit gegenüber einer Verpflichtung auch in Zukunft der Vorzug gegeben werden.“

UNI Klagenfurt: Zweisprachige „Ortstafel“ ohne Gegenseitigkeit

Seit Mitte März gibt es auf dem Gelände der UNI Klagenfurt eine weitere zweisprachige „Ortstafel“. Abgesehen davon, dass die Landeshauptstadt Klagenfurt außerhalb des für



Gleich zwei zweisprachige Tafeln am Gelände der UNI Klagenfurt, keine zweisprachige Aufschrift an der UNI Marburg.

zweisprachige Ortstafeln in Betracht kommenden Geltungsbereichs liegt, fehlt auch die Gegenseitigkeit im Alpen-Adria-Raum. Weder in Friaul-Julisch Venetien noch in Slowenien sind die Universitäten zweisprachig beschriftet, wie das Beispiel der nur slowenisch beschrifteten Universität Marburg/Maribor zeigt.

Würde die Universität der noch vor 90 Jahren mehrheitlich deutsch besiedelten Stadt Marburg und würden auch alle anderen Universitäten im Alpen-Adria-Raum zweisprachig beschriftet werden, dann wäre die zweisprachige „Ortstafel“ vor der UNI Klagenfurt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit errichtet.

Verantwortungsvolle Spitzenposition für Kärntner Valentin Inzko

Als Botschafter Österreichs in Slowenien unterstützte der Kärntner Slowene Valentin Inzko offensiv die Bemühungen der Kärntner Konsensgruppe um ein Klima des gegenseitigen Vertrauens.



Inzko im Gespräch mit KHD-Obmann Feldner.

Vor wenigen Wochen wurde Inzko zum „Hohen Repräsentanten“ (Generalgouverneur) in Bosnien bestellt, der mit großen Vollmachten ausgestattet ist.

Für viele Experten ein „Himmelfahrtskommando im Pulverfass Bosnien“.

Der Balkan-Experte Inzko will mit viel diplomatischem Geschick die verfeindeten Volksgruppen zu allererst einmal zu einem friedlichen Miteinander bringen, ohne dabei seine ganze Macht bis hin zur Möglichkeit Minister abzusetzen, ausspielen zu müssen.

Unser Bundesland im Schussfeld deutscher Zeitungen

„Kaputtverblödete“ Kärntner

Am 5. März veröffentlichte die renommierte deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ unter dem Titel „Der tote Sieger“ einen Hetzartikel über Kärnten nach dem BZÖ-Wahlsieg.

Am 8. April schlug die „Süddeutsche Zeitung“ in dieselbe Kerbe und titelt: „Kann man in diesem fremdenfeindlichen Land noch ruhigen Gewissens Urlaub machen?“

„Kärnten ein demokratiepolitischer Schandfleck“

Im international bekannten Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“ charakterisiert die Artikelverfasserin Eva Menasse Kärnten als Land, das „ethisch, moralisch und politisch am Ende“ sei und beschimpft die Kärntnerinnen und Kärntner pauschal als „kaputtverblödet“.

Unverständlich, dass es gegen diese Ungeheuerlichkeiten keinen gemeinsamen Protest aller im Landtag vertretenen Parteien gegeben hat. KHD-Obmann Josef Feldner wies in einem Schreiben an die Hamburger Redaktion die üblen Pauschalurteile empört zurück und informierte ausführlich über das Bemühen der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe, ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe gab es noch keine Reaktion. Möglicherweise ist

„Die Zeit“ an einer positiven Einstufung unseres Landes gar nicht interessiert.

Süddeutsche Zeitung: „Kann man in Kärnten noch Urlaub machen?“

Unter dem Titel „Das No-go-Idyll“ stellt ein Artikelverfasser in der überregionalen „Süddeutschen Zeitung“ die Frage, „ob man im fremdenfeindlichen Kärnten noch ruhigen Gewissens Urlaub machen kann.“

Auslöser für seine wiederum alle Kärntner pauschal als „fremden- und slowenenfeindlich“, als „rabiati“ und „antidemokratisch“ verunglimpfenden Feststellungen, waren Aussagen eines Mölltaler Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten, die auch in Kärntner Medien auch als imageschädigend bezeichnet wurden. Nur, aus sicher nicht gut zu heißenden Aussagen einzelner Politiker alle BZÖ-Wähler



Faksimile aus der Süddeutschen Zeitung über Kärnten.

und in der weiteren Folge die gesamte Politik Kärntens und schließlich alle Kärntnerinnen und Kärntner in ein fremden- und demokratiefeindliches extremes Eck zu stellen, ist schärfstens zurückzuweisen. Bezeichnend ist auch, dass die Geschichte Kärntens, wie etwa die Zeit der Kärntner Volksabstimmung in diesen Berichten tendenziös wiedergegeben wird. Auch das darf, wie die sinngemäße Behauptung, die slowenische Volksgruppe sei in Kärnten quasi rechtlos, nicht einfach hingenommen werden.

Die Verantwortung der Parteien

Mit allzu lockeren Sprüchen liefern manche Politiker willkommene Munition für Pauschalangriffe gegen Kärnten. Dem muss Einhalt geboten werden.

Zu allererst: Pauschalangriffe gegen Kärnten, wie zuletzt in zwei großen deutschen Zeitungen, sind von Kärntens Politik einmütig zurückzuweisen.

Das ist das eine, das andere ist jedoch, solche Angriffe nicht zu provozieren. Und das geschieht in Kärnten leider nur allzu oft.

Es ist der saloppe Umgang mancher Politiker mit Worten, das Dreschen von Parolen in Biertischmanier, das Bemühen es auch Leuten mit extremen Standpunkten Recht zu tun. Sei es in der Ausländerfrage, im Umgang mit der slowenischen Volksgruppe oder auch mit dunklen Kapiteln der Vergangenheit.

Statt bei jeder Gelegenheit Imagearbeit für Kärnten zu leisten und beispielsweise darauf hinzuweisen dass die drei EU-Weisen Öster-



Bundeskanzler Schüssel und LH Haider stellen 2005 gemeinsam mit Spitzenpolitikern der SPÖ und der Grünen eine zweisprachige Ortstafel auf und demonstrieren damit Lösungsbereitschaft. Heute ist diesbezüglich leider noch keine Gemeinsamkeit der Parteien erkennbar.

reichs Minderheitenpolitik im Jahr 2000 als europaweit vorbildlich gewürdigt haben, wird mit einer Nullpositionierung in der Ortstafel-

frage kritischen Journalisten Gelegenheit geboten, unsere Minderheitenpolitik insgesamt schlechtzuschreiben.

Politikern, die mit ihren Aussagen und ihrem Verhalten dem Ansehen unseres Landes Schaden zufügen, muss in erster Linie in ihrer eigenen Partei wirkungsvoll entgegengetreten werden. Wenn das nicht geschieht, ist es die Aufgabe der anderen Parteien rasch und deutlich zu reagieren.

Was dem einfachen Bürger im Rahmen der Meinungsfreiheit gestattet sein muss, gilt nicht gleichermaßen für Politiker, die unser Land nach außen repräsentieren und dabei für ein positives Erscheinungsbild unseres Landes zu sorgen haben.

Josef Feldner

Rat der Kärntner Slowenen:

Zurück in die „Steinzeit“

Der neue Obmann des „Rat der Kärntner Slowenen“, Karel Smolle, hat offenkundig Radikalpositionen und Kompromisslosigkeit zu seinen politischen Zielen erklärt.

394 zweisprachige Ortstafeln sind für den KHD inakzeptabel

Mit der Forderung nach 394 zweisprachigen Ortstafeln hebt Smolle die am 2. Juni 2006 unter seinem Vorgänger Mateuz Grilc in einer Stellungnahme an das Bundeskanzleramt festgelegte Positionierung auf. Diese signalisierte unter gewissen Bedingungen ein Einschwen-

ken auf den Kompromiss der Kärntner Konsensgruppe mit insgesamt 158 zweisprachigen Ortstafeln. Auch 2007 zeigte der Rat Bereitschaft dem weitestgehend auf diesem Kompromiss beruhenden „Gusenbauermodell“ zuzustimmen.

Nun hat Karel Smolle die von seinem Vorgänger, wenn auch zaghaft gezeigte Kompromissbereitschaft vom Tisch gewischt. Zurück in



Der KHD wird sich auch in Zukunft Forderungen nach zweisprachigen Ortstafeln für Orte mit nur geringem Slowenenanteil entgegenstellen

die „Steinzeit“, zurück in die Zeit der Konfrontation, des gegenseitigen Misstrauens, ist offenkundig seine Parole. Die verständigungsbereiten Kräfte in Kärnten werden sich dadurch nicht von ihrem Weg abbringen lassen.

Unser Weg der Verständigung

Statt zurück in die Zeit der Konfrontation, gemeinsam in die Zukunft blicken



Präsentation der „Feierlichen Erklärung“ am 9. Oktober 2006 im Klagenfurter Landhaushof durch die Mitglieder der Konsensgruppe gemeinsam mit Kärntner Spitzenpolitikern der SPÖ, ÖVP und der Grünen.

Die Dialogbereitschaft wurde 2006 mit der „Feierlichen Erklärung“ dokumentiert

Dass es mehr als 60 Jahre nach Kriegsende an der Zeit ist, den Volksgruppenstreit, verbunden mit gegenseitigem Misstrauen, Aversionen und Kompromisslosigkeit, endlich zu überwinden, hat die deutsch-slowenische Kärntner Konsensgruppe mit KHD-Obmann Josef Feldner, dem Obmann der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen Bernard Sadovnik, dem Sprecher der Plattform Kärnten, Heinz Stritzl und dem Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen, Marjan Sturm,

unter Gesprächsführung von Stefan Karner, bereits im Mai 2005 mit ihrem Kompromissvorschlag eindrucksvoll bewiesen.

2007: Feldner und Sturm zeigen in ihrem Buch den künftigen Weg auf

In der „Feierlichen Erklärung“ haben sich die Mitglieder der Konsensgruppe verpflichtet, sich gemeinsam „auch den dunklen Seiten der Geschichte zu stellen, eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht zu scheuen und dazu eine klare Haltung zu finden“. In ihrem am 9. Oktober 2007 präsentierten gemeinsamen Buch „Kärnten neu denken“ haben sich Sturm und Feldner dieser Herausforderung gestellt und auf 256 mit vielen Bildern und Dokumenten versehenen Seiten den schwierigen Weg von der Konfrontation zur Verständigung aufgezeigt, wie auch ohne Aufgabe der jeweils eigenen Grundpositionen ein konstruktiver Dialog möglich ist.

Ein Erfolgsbuch mit hoher Aktualität

„Kärnten neu denken“ gibt auch Antwort auf die Fragen hinsichtlich Ursache und Entwicklung eines Konflikts, dem viele Nichtkärntner mit Unverständnis, ja kopfschüttelnd gegenüberstehen.

Beim KHD sofort lieferbar zum Preis von 22 Euro zu beziehen. Wir machen es Ihnen so bequem wie möglich. Bedienen Sie sich bitte des beiliegenden Zahlscheines. Sie erhalten sodann das Buch postwendend und portofrei zugesandt. Natürlich nehmen wir auch Ihre Bestellung entgegen:

An KHD, Prinzhoferstraße 8, 9020 Klagenfurt; telefonisch 0463/54002; Fax 0463/540029; E-Mail: office@khd.at. 256 Seiten mit zahlreichen Bildern und Dokumenten.

Hinweis: Folgeband geplant!

Die Herausgeber von „Kärnten neu denken“ planen für heuer einen Folgeband. Darin sollen Persönlichkeiten aus Kärnten, aber auch aus Slowenien zur Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte, zum Weg der Verständigung und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Stellung nehmen. Näheres wird in den nächsten Wochen bekanntgegeben werden!



Eine Absage an die Konfrontationsbefürworter auf beiden Seiten

Im Buch geht es den beiden ehemaligen Kontrahenten Feldner und Sturm um eine neue Kultur des Zusammenlebens, um die Überwindung von Misstrauen und Aversionen, um das Bemühen, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Das Buch ist ein Leitfaden für alle, die davon überzeugt sind, dass für eine friedliche Zukunft die Überwindung von Konfrontation unabdingbar ist.

EU-Wahl 7. Juni 2009:

Meine Stimme für Andreas Mölzer

KHD-Obmann Dr. Josef Feldner:

Es fällt mir nicht leicht, als Obmann des KHD meinem strikt beachteten Grundsatz, keinerlei Wahlempfehlungen abzugeben, untreu zu werden. Zur kommenden EU-Wahl sehe ich mich jedoch verpflichtet, eine Ausnahme zu machen. Andreas Mölzer ist seit Jahren Mitglied des KHD-Vorstands und hat in dieser Funktion maßgeblichen Anteil am Erfolg des Kärntner Heimatdienstes. Darüber hinaus gibt es für diesen persönlichen Schritt viele weitere gute Gründe

KHD-Vorstandsmitglied Mölzer ist unser Mann im EU-Parlament

Seine Verdienste in dieser Funktion für den KHD:

- In den vergangenen fünf Jahren hat Andreas Mölzer in Brüssel und Straßburg stets auch die Interessen des Kärntner Heimatdienstes vertreten.
- Er hat den KHD wiederholt gegen unqualifizierte Angriffe im Parlament verteidigt. Er ist gegen Verleumdungen aufgetreten, so gegen die von einigen ungarischer Abgeordneten erhobene wahnwitzige Behauptung,

der KHD sei eine „paramilitärische“(!) Gruppierung.

- Mölzer nutzt jede Gelegenheit, die auf Versöhnung und Verständigung ausgerichteten Zielsetzungen des KHD publik zu machen.
- Andreas Mölzer stellt in seiner von ihm herausgegebene Wochenzeitung „Zur Zeit“ dem KHD regelmäßig großzügig Platz zur Verfügung, seine Anliegen einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Ohne die Fähigkeiten der anderen Kärntner Kandidaten schmälern zu wollen, bietet Mölzer als EU-kritischer, patriotischer und geradliniger



Feldner und Mölzer bei einer Veranstaltung.

Politiker somit die Gewähr, der beste Vertreter unserer KHD-Anliegen in Brüssel zu sein.

Ich stelle ausdrücklich fest, dass meine Entscheidung eine persönliche ist. Die Überparteilichkeit des KHD wird dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. Auch stellt meine persönliche Entscheidung keine Präferenz für die FPÖ dar. Ich hätte diese Entscheidung für Andreas Mölzer auch getroffen, wenn er Kandidat einer anderen Partei wäre.

Einige seiner Grundsatzpositionen

Ein Querschnitt aus Kernsätzen unseres Vorstandsmitglieds Andreas Mölzer weisen diesen als dialogbereiten, heimat- und nationalbewussten Kärntner und Österreicher aus, der ein Europa der nationalen und kulturellen Vielfalt als geistigen Reichtum unseres Kontinents sieht, und für den Humanität unteilbar ist.

Wer Europa liebt, muss die EU reformieren

In einer Abhandlung mit dem Titel „Es geht um mehr als das EU-Parlament“ ruft Mölzer die Bürger auf, am 7. Juni zur EU-Wahl zu gehen. Seine Begründung:

„Die EU ist längst der politisch und ökonomisch bestimmende Bereich, der auf unseren Alltag mehr Einfluss ausübt, als unsere Bundesländer, als die Kommunen, als die Republik selbst ... Das ist ein Faktum und da ist es dann natürlich von existentieller Bedeutung, in welche Richtung sich dieses Europa entwickelt ... Hin zu einem zentralistischen Superstaat, hin zu einem multikulturellen „melting pot“ ... oder zu einem Europa, in dem der geistige Reichtum dieses Kontinents, die Vielfalt der Nationen, der Völker und Kulturen, die historisch gewachsenen Regionen, die verschiedenen Lebensstile erhalten und bewahrt werden und sich fruchtbar weiterentwickeln können?“

Um Europa auf den rechten Weg zu bringen und damit unserer österreichischen Heimat zu dienen, ruft Mölzer dazu auf, jene Kräfte zu stärken, die als Patrioten die nationale und kulturelle Vielfalt Europas bewahren wollen. „Wer Europa liebt“, so Mölzer, „muss die EU kritisieren und an Haupt und Gliedern reformieren.“

Gegenseitige Toleranz in Kärnten ist unverzichtbar

In einer Grußbotschaft für das von der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe gestaltete „Fest der gemeinsamen Heimat“ in Ludmannsdorf, 10. Oktober 2008, stellt Mölzer fest:

„Ich unterstütze aus tiefster Überzeugung den vom Kärntner Heimatdienst gemeinsam mit anderen Heimatverbänden und slowenischen Verbänden eingeschlagenen Kurs des Dialogs und das damit verbundene Streben nach einem Konsens in der Volksgruppenfrage. In Kenntnis all der historischen Tragödien, die

Kärnten insbesondere in seiner jüngsten Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert heimgesucht haben, in Kenntnis auch des Unrechts, das es auf allen beteiligten Seiten gegeben hat, glaube ich, dass das Streben nach einvernehmlichen Standpunkten und dass gegenseitige Toleranz im Guten und im Kärntner Geist unverzichtbar sind.“

Alle Menschen sind gleich, an Würde und Rechten

Mit großem Engagement tritt Mölzer gegen die zutiefst inhumane Differenzierung der Opfer von Menschenrechtsverbrechen auf:

„Mir ist jedes Opfer gleich wert: das jüdische Kind, das in Auschwitz zu Tode kam, ebenso wie das volksdeutsche Kind, das in Tüchern oder Rudolfsgnad infolge des Tito-Terrors verhungerte ...“

Alle Menschen sind gleich, an Würde und Rechten. Und Verbrechen an ihnen, ihre Entwürdigung, ihr Quälen oder gar das Morden ist gleichermaßen verbrecherisch. Und deshalb ist es gut so, dass sich Slowenien zumindest jetzt entschlossen hat, die Schädelstätten zu erforschen.“

(Andreas Mölzer in „Titos Genozid“, Zur Zeit, 11/09).

Schicksalswahl für Europa

Zur Wahl gehen! Wird der Wahlzettel zum Denkkzettel?

Nicht einmal 40 Prozent der Österreicher haben vor fünf Jahren an der Wahl zum Europäischen Parlament teilgenommen. Und heuer, so die politischen Kaffeekatzendeckelungen, dürften es kaum mehr sein. Oder etwa doch? Wird dem mündigen Bürger und dem gelehrten Österreicher – was doch wohl hoffentlich kein Gegensatz sein muss – angesichts der über uns hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise klar werden, dass dieser Wahlgang im Jahre 2009 mehr bedeutet als zuvor? Werden sie begreifen, dass dieser Wahlgang formal zwar „nur“ die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, des einzigen direkt gewählten europäischen Vertretungskörpers also bestimmt, dass er darüber hinaus aber gesamtpolitisch maßgebende Weichenstellungen für den weiteren Weg der europäischen Integration bewirken wird? Glauben die Bürger in Zeiten der Krise auf Bewährtes setzen zu müssen – und werden sie – so die Hoffnung des europäischen Establishments – der Union verstärkte Zustimmung angedeihen lassen? Oder wird man seitens der Wahlberechtigten in Österreich und darüber hinaus in allen anderen europäischen Staaten den Wahlzettel zum Denkkzettel machen, um das offensichtliche Versagen der politisch-ökonomischen Eliten quer durch die Europäische Union abzustrafen. Ob erhöhte Zustimmung oder Denkkzettelwahl, beides könnte die Wahlbeteiligung entschieden steigern. Nur, werden die Österreicher diese Möglichkeit wirklich wahrnehmen? Werden die Medien und die Parteisekretariate, werden die Meinungsforschungsinstitute und die von den Parteien beauftragten Werbeagenturen in solch hohem Maße mobilisieren, dass der Wahlbürger auch tatsächlich zur Urne geht?

Befugnisse des EU-Parlaments sind gewaltig gewachsen

Warum sollte er? Wen kümmert's welche der politisch mehr oder minder mausgrauen Partei-Kandidaten da in die Brüsseler Tintenbürg einrücken? „Hast du einen Opa – schick ihn nach Europa“, hieß es bis vor kurzem noch bei unseren bundesdeutschen Nachbarn. Und tatsächlich war dieses Europäische Parlament ja eine Mischung zwischen politischem Ausgeding, parteipolitischer Kaderschmiede und Tummelplatz von B-Promis – Bergsteiger, Filmschauspieler und unterbeschäftigte Literaten – und politischen Exoten.

Indessen haben sich die Umstände allerdings geändert. Zwar ist das Europäische Parla-

Unser KHD-Anwalt in Brüssel



Andreas Mölzer

KHD-Vorstandsmitglied, fraktionsloses Mitglied des EU-Parlaments



ment längst noch keine wirkliche Legislative im klassischen Sinne – saubere Gewaltentrennung gibt es in Brüssel ohnedies kaum – seine Befugnisse sind aber doch gewaltig gewachsen und politisch-atmosphärisch ist das, was im Europäischen Parlament geschieht richtungsweisend geworden für die gesamte Union. Zwar ist nach wie vor der Europäische Rat, der ja die Summe der Regierungen der Mitgliedstaaten ist und somit nur die kumulierte Exekutive darstellt, der primäre Gesetzgeber in der Union. Das Parlament stellt nur so etwas wie einen Durchlauferhitzer dar, der aber doch im Zuge der immer stärker werdenden Mitbestimmung zunehmenden Einfluss ausübt. Bekanntlich werden ja nahezu 80 Prozent der Gesetze von Brüssel kommend in den nationalen Parlamenten, auch im österreichischen Nationalrat, nur mehr nachvollzogen.

Jene Kräfte stärken, die Fehlentwicklungen kritisieren

Ganz abgesehen davon aber kann der EU-Bürger eben nur das Europäische Parlament bzw. dessen Zusammensetzung durch seine Stimme unmittelbar beeinflussen. Wenn jetzt beispielsweise bei den EU-Parlamentswahlen vom 7. Juni 2009 jene Kräfte gestärkt werden, die die Fehlentwicklungen der real existieren-

den Europäischen Union kritisieren, die etwa glauben, dass der Vertrag von Lissabon ein Schritt hin zu stärkerem Zentralismus darstellt, den man bekämpfen müsse, dann ist das natürlich kein Ersatz für ein Plebiszit oder ein Referendum gegen den Lissabonner Vertrag. Politisch-atmosphärisch aber wird es die Euphoriker und unbedingten Verfechter des Lissabonner Vertrags dazu nötigen, denselben zu überdenken oder doch für seine künftige Novellierung aufgeschlossener zu sein.

Ähnliches gilt für den drohenden Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Dass dieser bereits 2012 vollzogen werden könnte, wurde zuletzt durch die Europareise des US-Präsidenten Barack Obama mehr als deutlich. Denn der diesseits des Atlantiks als Heilbringer umjubelte US-Präsident sprach sich unmissverständlich für eine rasche Aufnahme Ankaras in die EU aus. Die Konsequenzen hätten freilich die Europäer zu tragen – etwa durch die Überweisung von etlichen Milliarden Euro in das islamische Land oder durch die zu erwartende Völkerwanderung aus Anatolien. Allein in einer ersten Phase wäre mit zehn Millionen Zuwanderer zu rechnen, sagt der renommierte Sachbuchautor Peter Scholl-Latour voraus.

Ebenso ist die Europawahl eine Weichenstellung über den künftigen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs Brüssels. Werden jene politische Kräfte einen Erfolg erzielen, die in Diensten verschiedener internationaler Wirtschaftslobbies oder anderer dunkler Hintermänner stehen, oder aber jene politischen Kräfte, die für die Erhaltung der Volkswirtschaften und damit auch für den Fortbestand der historisch gewachsenen Völker Europas eintreten? Denn eines steht fest: Seit ihrer Gründung vor mehr als einem halben Jahrhundert als EWG hat sich die heutige Europäische Union als Werkzeug der Globalisierung nach US-amerikanischem Muster erwiesen. Und damit trägt Brüssel auch ein gerüttelt Maß an Mitschuld für jene Wirtschafts- und Finanzkrise, die nun mit Billionen von Steuergeldern bekämpft werden soll.

Rechtsdemokratische und patriotische Parteien unterstützen

Nicht weniger schicksalhaft wird der Urnengang am 7. Juni für die Frage sein, ob Europa, der alte, ethnisch vielfältige und damit einzigartige Erdteil zum Ziel Nummer 1 der Massenzuwanderung aus der Dritten Welt werden soll. Hier wird entscheidend sein, ob die Multikulti-Jünger und in ihrem Gefolge die Altlinken jeglicher Schattierung gestärkt werden, oder aber patriotische, identitäre Kräfte, die



Die Befugnisse des EU-Parlaments sind gewaltig gewachsen.

für die Bewahrung der jahrhundertealten ethnisch-kulturellen Vielfalt Europas kämpfen. Wie sehr sich die real existierende Europäische Union unserer Tage der ungezügelter Massenzuwanderung aus der Dritten Welt verpflichtet fühlt, ja sogar Europa in einen „melting pot“ nach US-amerikanischen Vorbild verwandeln möchte, belegt die Einrichtung eines „Job Centers“ in Bamako, der Hauptstadt des westafrikanischen Landes Mali. Geht es nach dem Willen maßgeblicher politisch korrekter Kreise, so soll dadurch der „Personenverkehr“ zwischen Europa und Afrika gefördert werden. Wohin diese Entwicklung führt, zeigen Prognosen, wonach bis zur Mitte dieses Jahrhunderts mit einer Zuwanderung von etwa 50 Millionen aus Afrika zu rechnen wäre.

Insgesamt wird es bei der Europawahl in wenigen Wochen darauf ankommen, dass quer durch die EU die rechtsdemokratischen und patriotischen Bewegungen und Parteien gestärkt werden. Denn nur sie allein stehen für ein anderes Europa, für ein Europa jenseits der Brüsseler Zwänge. Für ein Europa der freien Staaten und Völker, für ein Europa, das seinen Einigungsprozess nach dem Beitritt der Balkanstaaten – wenn diese die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft ohne jeden Zweifel erfüllen – als vollendet betrachtet und für ein Europa, in dem die Bürgerfreiheit und nicht die Brüsseler Bürokratie oder die Denkverbote der politischen korrekten Moral- und Tugendwächter den Ton angeben. Durch den Bürger gestärkte rechtsdemokratische EU-kritische Parteien hätten die Möglichkeit, die viert stärkste Kraft zu bilden und so lautstark ihre Stimme gegen die unzähligen Missstände zu erheben, zumal die Konservativen als verlängerter Arm verschiedener internationaler Konzerne und der Hochfinanz agieren, und Sozialisten wie Grüne

um den Spitzenplatz in Sachen politischer Korrektheit wetteifern.

Es müssen weiterhin auch die Interessen Kärntens vertreten werden

Und schließlich wird sich am 7. Juni auch entscheiden, ob in den kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament die Interessen Kärntens auch weiterhin entsprechend vertreten werden. In der nun ablaufenden Legislaturperiode hat der Verfasser dieser Zeilen durch eine ganze Reihe von Initiativen Kärnten in den Mittelpunkt seiner politischen Tätigkeit gerückt. Etwa durch Schriftliche Anfragen an die Europäische Kommission wegen der Diskriminierung der deutschen Sprache in Slowenien oder durch

die Vereinnahmung Kärntner Symbole wie den Fürstenstein durch die Regierung in Laibach. Ebenso hat der Verfasser dieser Zeilen alle Versuche, Kärnten wegen der Frage der Diskussionen über zweisprachige Ortstafeln ins rechts-extreme Eck zu stellen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Es sei nur daran erinnert, dass die slowenische Volksgruppe in Kärnten – wie auch die drei sogenannten EU-Weisen im Jahre 2000 festgestellt haben – zu den am besten geschützten Minderheiten in Europa gehören. Anstatt ungerechtfertigt mit dessen Finger auf Kärnten zu zeigen, wäre Slowenien, das ja seit fünf Jahren der EU-„Wertegemeinschaft“ angehört, verpflichtet, endlich die menschen- und völkerrechtswidrigen AVNOJ-Beschlüsse abzuschaffen und der Restminderheit der deutschen Altösterreicher elementare Minderheitenrechte zu gewähren. Denn eines steht fest: Die offene Frage der Aufstellung weiterer zweisprachiger Ortstafeln kann nicht von außen oktroyiert, sondern nur in Kärnten durch einen Konsens von Mehrheit und Minderheit gelöst werden.

An dieser Stelle sei festgehalten, dass sich der Verfasser dieser Zeilen zu einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, auch mit Slowenien, bekennt. Allerdings erteilt er der Bildung von Kunstregionen, wie etwa einer Euregio, in der Kärnten, Friaul und Slowenien zusammengefasst werden, eine klare Absage. Für Kärnten mit seinen etwas mehr als 500.000 Einwohnern bedeutete eine Verwirklichung dieses Plans eine gefährliche Marginalisierung, zumal das benachbarte Friaul eine und Slowenien zwei Millionen Einwohner zählen. Historische Einheiten, wie die Bundesländer Österreichs sind zu erhalten, und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Wirtschaft oder des Tourismus, bedarf es keiner Kunstgebilde, die nur einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand bringen. Schließlich wäre es widersinnig, die Fehlentwicklungen in der EU zu kritisieren, aber diese gleichzeitig im Kleinen zu wiederholen.

Übersicht der EU-Aktionen von Andreas Mölzer für Kärnten

Anfragen

- 2004 – Slowenisches Sprachgesetz
- 2005 – Folgemaßnahmen Slowenisches Sprachgesetz
- 2005 – Auswirkungen Dienstleistungsrichtlinie auf Kärnten
- 2006 – Gentechnik
- 2007 – Gentechnische Nutzpflanzen EU
- 2007 – Slowenische Euromünzen
- 2007 – Grenzenlos genießen. Slowenischer Übergriff auf Ortsnamen
- 2008 – Slowenische Autobahnvignette
- 2008 – B 317 Klagenfurter Schnellstraße
- 2008 – Deutsche Minderheit in Slowenien

Stimmerklärungen

- 2005 – Minderheitenschutz
- 2008 – Medaillen und Münzstücke mit ähnlichen Merkmalen wie Euromünzen

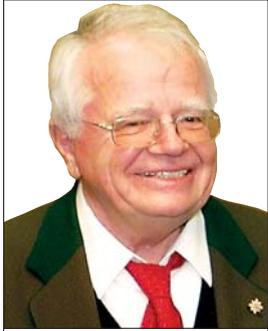
EU-Hintergründe

- 2006 – Minderheiten in Europa
- 2009 – Erhalt der Deutschen Sprache

Schriftliche Erklärungen

- 2007 – Koralmtunnel

NEIN zu Minderheitenermittlung



Von Josef Feldner

Es ist völlig unerklärlich, weshalb BZÖ, ÖVP und auch FPÖ an der Forderung nach einer geheimen Minderheitenermittlung allenfalls in Form einer Mutterspracherhebung festhalten, obwohl alle Slowenenorganisationen das Ergebnis der Volkszählung als Basis für eine Ortstafelregelung anerkannt haben. Diese hat 2001 für das gemischtsprachige Südkärnten rund 9.300 Slowenen ergeben. Vollends unverständlich ist, dass sich die genannten Parteien auf den Europarat berufen, der keineswegs die Interessen der Deutschkärntner vertritt.

Der Europarat ist ein engagierter Interessenvertreter der Slowenen in Kärnten

Die Berufung der Befürworter einer Minderheitenfeststellung auf den Europarat könnte absurder nicht sein. Der Europarat ist in den vergangenen Jahren stets als engagierter Verfechter slowenisch-nationaler Anliegen in Kärnten aufgetreten. Auch in der Ortstafelfrage.

Im Juni 2008 kritisierte er in einer Resolution Österreich scharf wegen der nicht erfolgten Umsetzung des Ortstafelerkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 13. Dezember 2001. Dies sei harmonischen Beziehungen in Kärnten nicht dienlich.

Auch lehnt der Europarat die Umgangsspracherhebung nicht dezidiert ab, sondern fordert Österreich auf, „in enger Zusammenarbeit“ mit der slowenischen Minderheit weitere Daten über die „sozio-ökonomische und bildungspolitische Situation“ der Minderheit in der offenkundigen Absicht zu erheben, damit eine weit über die Ergebnisse der Volkszählungen hinausgehende Anzahl von Slowenenan-

gehörigen ausweisen zu können. Es geht dem Europarat somit um zusätzliche, die Anzahl der Slowenen in Kärnten erhöhende statistische Daten und keineswegs um eine geheime, und schon gar nicht gegen den Willen der Slowenenvertreter durchzuführende Minderheitenfeststellung.

Als Grund für die Erhebung weiterer statistischer Daten führt der Europarat an, dass die Resultate der Volkszählung 2001 und 1991 „viel niedriger“ seien als die von den Slowenen „selbst gemachten Schätzungen“.

Phantasiebehauptung „80.000 Kärntner Slowenen“ ist längst vom Tisch

Jahrzehnte hindurch bezifferte die Kärntner Slowenenführung die Anzahl ihrer Volksgruppenangehörigen ohne Hinweis auf statistische Daten mit bis zu 80.000 Personen und versuchte auf Basis solcher krass realitätswidriger Zahlen Forderungen gegenüber der Regierung durchzusetzen. Das war auch der Grund, weshalb der Kärntner Heimatdienst damals eine Geheime Minderheitenfeststellung forderte.

Heute anerkennen alle Slowenenorganisationen die Volkszählungsergebnisse als Basis für eine neue Ortstafelregelung. Damit fiel für den KHD die Forderung nach Minderheitenfeststellung weg, zumal die Volkszählung 2001 im gemischtsprachigen Südkärnten nur 9.300 Personen mit slowenischer Umgangssprache ausweist, was exakt mit der vom KHD stets als realistisch genannten Anzahl von Volksgruppenangehörigen übereinstimmt.

Eine Geheime Minderheitenermittlung könnte 25.000 Slowenen ergeben

Wenn nun von politischer Seite dennoch eine geheime Minderheitenermittlung als Grundlage für eine endgültige Regelung der Ortstafelfrage in Kärnten gefordert wird, dann könnte sich das für jene, die ein Ergebnis von weniger als 10.000 Slowenen erwarten, als Bumerang erweisen. Wenn nämlich gewisse politische Gruppierungen in Kärnten, aus welchen Gründen immer, dazu aufrufen sollten, in der Wahlzelle Slowenisch anzukreuzen, dann wäre ein Ergebnis von 25.000 und mehr Slowenen keinesfalls utopisch. Mit dem Erfolg, dass dann nicht nur 60 oder 70 zusätzliche Ortstafeln zu den 1977 verordneten 91 aufgestellt werden müssten, sondern 400 oder mehr, auf die die Slowenen sodann Anspruch hätten!

Lachender Dritter wäre jedenfalls der radikale „Rat der Kärntner Slowenen“, dessen neuer Obmann, Karl Smolle, auf fast 400 zweisprachigen Ortstafeln beharrt und jeglichen Kompromiss ablehnt.

Ein NEIN zur MINDERHEITENERMITTLUNG ist somit für Deutschkärntner ein Gebot der Vernunft!

Heimatdienst für eine zumutbare Lösung

Aufgabe des KHD, als überparteiliche Vertretungsorganisation für Interessen der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung ist es eine Minderheitenermittlung welcher Art immer zu verhindern, die eine künstlich überhöhte Anzahl von Slowenen zum Ergebnis haben könnte und Südkärnten auf der Basis einer realitätswidrigen Zahl von Slowenen mit einer Flut von zweisprachigen Ortstafeln überziehen würde. Kärntens Landtagsparteien wären gut beraten, gemeinsam mit der Bundespolitik, den Slowenenorganisationen und den Heimatverbänden um eine rasche Beendigung des unnötigen Ortstafelstreits bemüht zu sein. Auf Basis des Kompromissvorschlags der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe von 2005 und unter Berücksichtigung der nicht realisierten Lö-

sungsmodelle „Schüssel-Haider“ von 2006 sowie „Gusenbauer“ von 2007. Einige Dutzend zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln zu den schon seit mehr als 30 Jahren stehenden fast 100 würden kein „Slowenisch-Kärnten“ schaffen. Fast 95% aller Orte Kärntens blieben ausschließlich deutsch beschildert.

Es ist nicht Aufgabe des KHD für mehr zweisprachige Ortstafeln auf die Barricaden zu steigen. Eine auch der Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung zumutbare Ortstafellösung wäre jedoch ein wichtiger Beitrag zur Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens, ein Beitrag zur Festigung der gutnachbarlichen Beziehungen, und nicht zuletzt auch zur Verbesserung des nationalen und internationalen Ansehens Kärntens.



Seit mehr als 30 Jahren stehen fast 100 zweisprachige Ortstafeln und Ortsbezeichnungen in Südkärnten und niemand stößt sich mehr daran!

Vortragsabend der „Plattform Kärnten“

Die Länder waren vor dem Staate da

Die „Plattform Kärnten“ mit ihrem Sprecher, Chefredakteur a. D. Heinz Stritzl, war Veranstalter eines Vortrags von Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner über die turbulente Zeit der Staatswerdung Österreichs, nachdem die Donaumonarchie zerbrochen war.

Die Bundesländer sind einzeln der Republik Österreich beigetreten

Vieles, was Karner vortrug, war für die Teilnehmer neu. Etwa, dass nicht Österreich als Staat, sondern die ehemaligen Kronländer, die heutigen Bundesländer, das Erbe der zerbrochenen Monarchie antraten und die staatliche Kontinuität Deutschösterreichs aufrecht hielten. Erst danach, am 30. Oktober 1918, wurde unser Staat gegründet.

Die Länder waren zu diesem Zeitpunkt bereits Rechtssubjekte und haben nach und nach ihre Beitrittserklärungen – Kärnten am 11. November 1918 - zur Republik abgegeben.

Das Ringen um die Staatsbezeichnung

Der spätere Staatskanzler Dr. Karl Renner ergriff bei der Staatswerdung die Initiative.

Er wollte, nachdem das Sudetenland abgetrennt worden war, eine „Republik der deutschen Alpenländer“ namens „Südostdeutschland“. In der Folge gab es eine Reihe von Vorschlägen, wie Restösterreich künftig heißen sollte: „Hochdeutschland“, „Donau-Germanien“, „Deutsches Friedland“, „Die norische Republik“. Schließlich setzte sich die Bezeichnung „Deutschösterreich“ durch. Am 10. September 1919 musste jedoch der neue Staat dem von den Siegern gewünschten Staatsnamen „Republik Österreich“ zustimmen und dabei blieb es.

„Kärnten den Kärntnern“

Während die Bundesländer Tirol und Salzburg mit großer Mehrheit für den Anschluss an das Deutsche Reich und Vorarlberg an die Schweiz votierten, ging es in Kärnten um die Landeseinheit. Die weitestgehend allein gelassenen Kärntner mussten das Land gegen den Zugriff des neuen SHS-Staates, dem nachmaligen Jugoslawien, verteidigen. Erfolgreich, denn es wurde mit dem Abwehrkampf die siegreiche Kärntner Volksabstimmung 1920 erzwungen.



Der Sprecher der „Plattform Kärnten“, Heinz Stritzl konnte sich über den überaus gelungenen Vortragsabend freuen. KHD-Obmann Josef Feldner dankte Stefan Karner (Bildmitte), der auch Moderator der Kärntner Konsensgruppe ist, für seine „Initialzündung“ bei der Erarbeitung eines Konsensvorschlages zur Lösung der Ortstafelfrage.

Wie in anderen Bundesländern auch, war auch in Kärnten die Abneigung gegen den „Wasserkopf“ Wien groß. Man wollte damals überhaupt weitestgehend autonom bleiben. Das wurde in einem Grundsatzpapier folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

„Kärnten den Kärntnern, nicht den Laibachern, nicht den Wienern und nicht den Berlinern.“

Die überaus interessanten Ausführungen des Vortragenden ernteten im vollbesetzten Saal großen Beifall.

Arbeitsplätze sind jetzt wichtiger als die Ortstafeln

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise macht auch vor Kärnten nicht Halt.

Einer kürzlich veröffentlichten Umfrage zufolge spüren bereits 28% der Kärntnerinnen und Kärntner die Auswirkungen der Wirtschaftskrise stark. Die Sorge der Menschen gilt nun in besonderem Maße dem Erhalt der Arbeitsplätze. Zu Recht! Schon im November des Vorjahres schlug das Arbeitsmarktservice (AMS) Alarm, nachdem weit mehr als 1.000 Arbeitnehmer zur Kündigung angemeldet worden waren. Seither steigt die Zahl wöchentlich. Besonders stark von den Problemen am Arbeitsmarkt betroffen sind Jugendliche, ältere Personen und Langzeitarbeitslose. Angesichts dessen treten alle Probleme, die sich aus dem Zusammenleben von Deutsch- und Slowenischkärntnern ergeben, stark in den Hintergrund. Treffen doch Existenzprobleme beide Seiten gleichermaßen. Jetzt gilt es zusammenzurücken und nicht das Gegeneinander zu fördern, wie das der neue Obmann des Rates der Kärntner Slowenen, Karel Smolle, mit seiner verkündeten Kompromisslosigkeit bewirkt.

Dass es in der slowenischen Volksgruppe auch anders geht, zeigen u. a. nicht nur die beiden slowenischen Mitglieder der Konsensgruppe, Marjan Sturm und Bernard Sadovnik, sondern auch der neu gewählte slowenische Bürgermeister von Bad Eisenkappel, Franz-Josef Smrtnik. Er sprach sich im Wahlkampf für das Miteinander, für die Gemeinsamkeit aus und stellte die Probleme um die Arbeitsplätze in den Vordergrund. Hier gehe es um die Lebensgrundlage der Menschen, sagte er in einem Interview. Dass Smrtnik seit Jahren einer der Initiatoren für eine zweisprachige Gemeindefeier zum 10. Oktober ist und dass er diesen als Feiertag für alle bezeichnet, ist Beweis dafür, dass sein Bekenntnis zur Gemeinsamkeit ein ehrliches ist.



Von KHD-Obmannstellvertreter Franz Jordan

Weiteres Massengrab mit Partisanenopfern in Slowenien geöffnet

Versöhnung braucht Wahrheit



Die Entdeckung eines weiteren Massengrabs in Slowenien macht tief betroffen und ruft die nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs unmittelbar nach Kriegsende von Tito-Kommunisten auf grausamste Weise, ohne Gerichtsverfahren verübte Rachejustiz an Abertausenden Slowenen, Kroaten und Deutschen, an Angehörigen der deutschen Volksgruppe und auch an verschleppten Kärntner Zivilpersonen, in schmerzliche Erinnerung.

Neben der Notwendigkeit zur Aufklärung und Sühne, müssen diese grauenhaften Menschenrechtsverbrechen aber auch Mahnung zu Frieden und Verständigung sein.

Eine Stätte des Grauens

Anfang März wurden in Laško, südlich der ehemals untersteirischen Stadt Cilli, in einem Stollen eines aufgelassenen Bergwerks tausende Leichen – Opfer der titokommunistischen Rachejustiz – entdeckt. Der als „Huda jama“ (Böse Grube) benannte Barbarastollen war vermutlich schon bald nach den Massentötungen zugeschüttet und dessen Umgebung



Jože Dežman, Leiter der slowenischen Kommission für verborgene Massengräber.

vom Titoregime zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden.

Nach nunmehr erfolgter Beseitigung der Sperren bot sich den Ermittlern ein grauenhaftes Bild:

Berge von mumifizierten Leichen, die am Rücken zusammengebunden waren, nach Kriegsende 1945 erschossen, erschlagen und viele auch noch lebend in die Grube geworfen, Slowenen, Kroaten und Deutsche.

Jože Dežman, Leiter der slowenischen Kommission für verborgene Massengräber, bezeichnet Huda jama als „eines der weltweit größten Massengräber“.

Der Historiker Alfred Elste glaubt, dass es in Slowenien mehr als 650 zum Teil noch ungeöffnete Massengräber mit 300.000 Opfern gibt. In Slowenien seien nach Kriegsende jedenfalls mehr Menschen getötet worden als in vier Jahren Krieg!

Nachkriegsjugoslawien beruhte auf Mord

Zu den Auswüchsen der nicht nur politisch, sondern auch ethnisch – gegen die deutsche Volksgruppe – motivierten titokommunistischen Rachejustiz stellt die Historikerin Tamara Griesser Pečar fest:

„Nachkriegsjugoslawien basierte auf Mord. Liquidationen während des Krieges, Massentötungen politischer Gegner nach dem Krieg, Säuberung von Klassenfeinden, Raub und Legalisierung des kollektiven Diebstahls, körperlicher Gewalt, auf Verstößen gegen die leibliche Unversehrtheit und die Würde des Menschen, Polizeiterror, Freiheitsberaubung durch ungesetzliche Verhaftungen, Zwangsarbeit in



Jugoslawischer Diktator Marschall Tito.

Konzentrationslagern, politischen Eingriffen in das berufliche Umfeld des Einzelnen sowie auf Angst, Täuschung und Lüge.“

Pauschal abgerechnet wurde mit den Deutschen

Boris Kidrič, seit Mai 1945 Vorsitzender der kommunistischen slowenischen Volksregierung, dem vom Titoregime zahlreiche, heute noch stehende Denkmäler errichtet worden waren, nützte seine Generalvollmacht, um mit



Dem für Massentötungen verantwortlichen Boris Kidrič wurden in Slowenien Denkmäler errichtet.

Dokumentation über „Huda jama“ in einem Partisanenvideo des KHD

Schon 2002 wurde in einer Video-Produktion von Carl Gustaf Ströhm und Andreas Mölzer in Zusammenarbeit mit dem KHD, die die Nachkriegsverbrechen der Titopartisanen zum Thema hat, ausführlich über das erst jetzt geöffnete Massengrab in der „Barbaragrube“, nunmehr „Huda jama“ genannt, berichtet.

Ein Überlebender des Massensmordens berichtet



Želimir Kužatko.

Želimir Kužatko, Überlebender der Todesmärsche und Mitglied der slowenischen Gesellschaft zur Auffindung der verschwundenen Gräber, gab schon 2002 Carl Gustaf Ströhm für das KHD-Video ein Interview:

„Ich war hier Zeuge und Teilnehmer dieses Kreuzweges im Jahre 1945 ... Hier hat man die slowenischen Heimwehrmänner (Domobranzen) gebracht, das sogenannte Rupnik-Bataillon. Sie haben sie mit Spitzhacken tot-

allen Gegnern „ohne jegliche Sentimentalität aufzuräumen“.

Pauschal, somit ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld, wurde mit den Deutschen für die Barbarei des NS-Regimes abgerechnet. Die Reste des Deutschtums müssten aus den nördlichen Gebieten verschwinden, verlautete Kidrič. Es sei „unzulässig, dass diese noch auf slowenischer und jugoslawischer Erde spazieren gehen“.

Aber nicht nur die Deutschen befanden sich im Visier des Boris Kidrič. Hingerichtet werden sollten:

Alle Führer und Funktionäre der bürgerlichen Parteien, Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Industrielle, Intellektuelle, Studenten, SS- und Gestapomänner, Geistliche, die sich gegen die Arbeiterschaft geäußert hatten sowie Gegner des „Befreiungskampfes“ und alle Personen, die diesem Widerstand geleistet hatten.

Diese unterschiedlichsten Kategorien von Menschen sind nach unvorstellbaren Qualen in der „Huda jama“ und in den hunderten weiteren Massengräbern Titos verscharrt worden.

geschlagen. Sie haben sie noch halblebendig in den Schacht geworfen. Die Gefangenen waren immer zu zweit mit Draht aneinandergefesselt, so dass der eine den anderen mit hinunterriss. Später haben sie das Bergwerk zugemauert. Die Bewohner der Umgebung haben später erzählt, sie hätten noch tagelang das Schreien und Wimmern dieser Opfer gehört. Im Bergwerk starben 2.200 slowenische Domobranzen ... Dazu noch 6.000 bis 8.000 kroatische Heimwehrleute und außerdem auch noch einige Deutsche. Einen Teil der Knochen haben sie in die Save geworfen, einen anderen Teil auf die Mülldeponie Teharje/Tüchern gebracht. Das Bergwerk aber haben sie zugemauert. Der Zugang wurde von der jugoslawischen Volksarmee als Militärdepot bewacht. Bis zum Jahr 1990 war das streng geheim.“

Im KHD-Video wird dann noch eine kleine, vor der Stätte des Grauens errichtete Kapelle gezeigt, die an die ermordeten Slowenen, Kroaten und Deutsche erinnern soll. Kužatko berichtet dann, dass die im christlichen Geist errichtete Gedenkstätte bereits eine Woche nachdem sie geweiht worden war mit Farbe beschmiert wurde. Die Täter haben „Tod dem Faschismus“ und „Tod den einheimischen Verärrern“ auf die Wände gepinselt.

Kaufen Sie diese hochaktuelle DVD-Dokumentation zum Preis von 39 Euro



Die einzige, sieben Jahre vor der nunmehrigen „Entdeckung“ des Massengrabes vor der Barbaragrube erstellte Ton- und Bilddokumentation ist im ersten Teil einer dreiteiligen DVD-Produktion enthalten. Diese kann beim KHD zum Preis von 39 Euro (160 Minuten Spieldauer) gekauft werden. Die DVD bietet in drei Teilen eine umfassende Dokumentation der Verbrechen der Tito-Partisanen zwischen Karawanken und Hornwald, weiters über den Partisanenteror gegen Kärnten und die Untersteiermark.

Am einfachsten:

Sie zahlen mit beiliegendem Zahlschein 39 Euro ein und erhalten sodann postwendend und portofrei die DVD zugesandt.

Selbstverständlich können Sie diese DVD auch bestellen.

An: KHD, Prinzhoferstraße 8, 9020 Klagenfurt, telefonisch 0463/54002, per Fax 0463/540029, E-Mail: office@khd.at.

Neben der Forderung nach Aufklärung und Ausforschung der Täter:

Mahnung zu Frieden und Verständigung

So sehr die Forderung nach Aufdeckung und Sühne von Verbrechen gegen die Menschlichkeit berechtigt ist, ja selbstverständlich sein sollte, so vehement sollte auch gegen jegliche Form von Kollektivschuldenden und Sippenhaftung aufgetreten werden.

Die Nachgeborenen trifft keine Schuld

Diese Grundsätze sollten für die Verbrechen des Nationalsozialismus gleichermaßen gelten, wie für die unter kommunistischen Diktaturen verübten Untaten. Die nunmehr aufgedeckten Verbrechen des Titoregimes sind somit von den heutigen Generationen nicht mehr zu verantworten.

Auch sollte nun die nach Öffnung der Massengräber in Slowenien bekundete Bereitschaft zur restlosen Aufklärung der vom Titoregime begangenen Menschenrechtsverbrechen positiv beurteilt werden.

Besondere Beachtung verdient auch die ungewöhnlich heftige Kritik der Generalstaatsanwältin Sloweniens, Barbara Brezigar, an den Versäumnissen der slowenischen Be-

hörden. Ebenso auch die Verurteilung dieser grauenhaften Menschenrechtsverbrechen durch slowenische Spitzenpolitiker.

Das lässt auf eine endlich umfassende Aufklärung der Massentötungen und die Ausforschung der hierfür Verantwortlichen hoffen.

Keinesfalls dürfen jedoch diese grauenhaften Funde dazu führen, alte, bereits überwunden geglaubte Aversionen wieder aufleben zu lassen. Sie sollten im Gegenteil umso mehr zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zu Frieden und Verständigung im Geiste Europas mahnen.

Das gilt auch für Kärnten, dessen für Deutsch- wie Slowenischkärntner gleichermaßen leidvolle Geschichte Mahnung sein sollte zur Gemeinsamkeit und zum endlichen Abbau von Vorurteilen und Misstrauen.



In der Gedächtniskapelle vor der „Huda jama“ wird der getöteten Slowenen, Kroaten und Deutschen gedacht. Als Mahnung gegen Gewalt und Rachedenken.

Zu Christi Himmelfahrt in Leše/Liescha:

Gedenkstunde für die 1945 Verschleppten

Heimatdienst bietet Mitfahrgelegenheit an



Leše/Liescha: Nur ein einfaches Holzkreuz erinnert an die aus Kärnten verschleppten und vermutlich hier ermordeten Kärntner Partisanenopfer.

Am 21. Mai 2009 (Christi Himmelfahrt) findet in Erinnerung an die im Mai 1945 von Partisanen nach Jugoslawien verschleppten Kärntner Opfer, um 11 Uhr in der Kirche von Leše/Liescha (nahe Prevalje/Prävali) in Slowenien ein Gedenkgottesdienst statt.

Initiator dieser Gedenkstunde ist, wie schon seit vielen Jahren, Bleiburgs Altbürgermeister Othmar Mory, der Angehörige, Freunde und Landsleute herzlich zur Teilnahme einlädt.

Der Kärntner Heimatdienst bietet ab Klagenfurt eine Mitfahrgelegenheit an. Interessierte mögen bis spätestens Mittwoch, dem 13. Mai unserem Büro telefonisch unter 0463/ 54002 ihr Interesse bekanntgeben.

Zustimmung allein, ist für unseren Weg der Verständigung zu wenig:

Ihre SPENDE sichert Ihnen den WEITERBEZUG

Für 2008 erhielt der Kärntner Heimatdienst nur insgesamt 8.000 Euro an staatlichen Subventionen. Das ist auch bei weitgehend ehrenamtlicher Bewältigung seiner kostenintensiven Informationsarbeit nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Die notwendige, von Zehntausenden Sympathisanten seit mehr als einem halben Jahrhundert sehr geschätzte überparteiliche Informationsarbeit, insbesondere die zweifellos im Interesse des Landes Kärnten liegende Friedens- und Verständigungsarbeit des KHD, muss daher nahezu zur Gänze aus Spenden und sonstigen privaten Zuwendungen aus dem Kreis unserer Förderer gedeckt werden.

Wir können die Kosten mit den laufenden Spenden nicht mehr abdecken

Obwohl wir keine Autorenhonorare zahlen, können wir seit dem Tod einiger großzügiger Spender die Finanzierung unserer Zeitungen DER KÄRNTNER (adressierte Auflage rund 20.000) und KHD-INTERN (Auflage 10.000) sowie die im Interesse einer größtmöglichen Breitenwirkung notwendigen fallweisen Einschaltungen in Kärntner Zeitungen, mit den laufenden Spenden nicht mehr abdecken.

Wir sind daher seit einigen Jahren gezwungen, auf Rücklagen aus einer uns vor Jahren zugeflossenen Erbschaft zurückzugreifen, was verständlicherweise jedoch auf Dauer nicht möglich sein kann. Dennoch wollen wir die große Reichweite unserer Informationsarbeit nicht reduzieren. Wir wollen weiterhin Hunderttausende Kärntnerinnen und Kärntner, sowie Zehntausende Sympathisanten in ganz Österreich laufend informieren. Daher wollen wir auch in Hinkunft kein festes Zeitungsentgelt einheben und möchten am Prinzip der Freiwilligkeit hinsichtlich Spenden festhalten.

Nur: Auf Dauer können wir jene, die noch nicht einen Druckkostenbeitrag überwiesen haben, nicht mehr gratis beliefern. Wir werden daher gezwungen sein, diese Bezieher auszuschneiden, um unsere Zeitung zumindest annähernd kostendeckend drucken und versenden zu können.

Wir bitten daher erstmals auch alle bisherigen Gratisbezieher um Überweisung eines angemessenen Zeitungskostenbeitrags
Jeder Euro zählt!

Sie sichern sich damit den laufenden Weiterbezug

Und denken Sie bitte daran: Unser Ziel ist nicht nur unsere Arbeit für Kärnten und Österreich im bisherigen Umfang zu sichern, sondern mit Ihrer Hilfe weiter auszubauen.

Ihr Beitrag stärkt unsere uneigennützig patriotische Arbeit, frei von Parteiengizänk und Politikerstreit!

Vielen Dank allen unseren FÖRDERERN

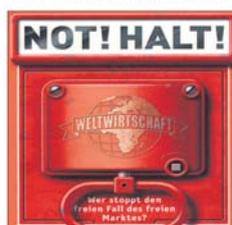
die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung von auch höheren Beträgen unsere Arbeit ermöglicht haben. Diesen Dank verbinden wir mit der BITTE, uns auch weiterhin zu helfen.



Im dunklen Schatten der Weltwirtschaftskrise:

Wir sind alle Kärntner!

Gemeinsamkeit über trennende Sprachgrenzen hinweg ist jetzt mehr denn je ein Gebot der Stunde



Die Angst vor schweren negativen Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise geht auch in Kärnten um

Und es ist nicht nur die Angst. Einer Umfrage zufolge, bekennen bereits 28% der befragten Kärntnerinnen und Kärntner, dass sie die neue Wirtschaftslage jetzt schon stark zu spüren bekommen.

Die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes und damit die Gefahr einer wirtschaftlichen Notlage, hat längst schon reale Formen angenommen. Vor wenigen Tagen schlug das Arbeitsmarktservice (AMS) Alarm. Bei einem Anstieg von 5,2% der Arbeitslosigkeit gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr, seien schon 1.353 Kärntner Arbeitnehmer aktuell zur Kündigung angemeldet. Tendenz steigend.

Diese Situation macht zwischen den Muttersprachen der Kärntner keinen Unterschied

Sie trifft Deutschkärntner und Slowenischkärntner gleichermaßen. Ist es angesichts dessen nicht absurd, die Minderheitenfrage mit ihren vergleichsweise unbedeutenden und leicht lösbaren Problemen zu einem Spitzenthema im kommenden Landtagswahlkampf zu machen?

Auch wenn viele düstere Prognosen für die Zukunft hoffentlich nicht eintreffen werden, so sollten wir die Gefahr dennoch ernst nehmen und zur Stärkung der Gemeinsamkeit mahnen.

Dr. Josef Feldner



Wer zieht die Notbremse? fragt besorgt das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Dem Börsianer (ganz rechts oben) ist das Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Angesichts dessen, gewinnt das symbolische Bekenntnis der Konsensgruppe zum Miteinander aller Kärntner ganz besonders an Bedeutung. Für die deutsch- und das slowenischsprachigen Kinder wird die unterschiedliche Sprache nur mehr kulturelle Bedeutung haben und ganz sicher kein trennendes Element mehr sein.

Wir sind alle Kärntner!
Das muss zum verbindenden Bekenntnis werden

Kärntner Heimatdienst. Obmann: Dr. Josef Feldner. Büro und Redaktion: 9020 Klagenfurt, Prinzhofenstraße 8. Telefon 0463/54002 Fax 0463/540029 Internet: www.khd.at, E-mail: office@khd.at; Layout und Umbruch: typelign Graphikagentur GmbH. Bankverbindungen: Raiffeisen-Landesbank Kärnten Kto.Nr. 1003250 (BLZ 39 000). IBAN: AT 66 3900 0000 01003250. BIC: RZKAT72K. Deutsche Postbank Kto.Nr. 0 120 848 806 (BLZ 700 100 80) IBAN: DE 97 700 1 080120 848806 BIC: FBNKDE33

Aufruf an die Wirtschaft:

Unterstützen Sie unseren Weg der Verständigung

Mit einem **INSERAT** oder einem **DRUCKKOSTENBEITRAG** stärken Sie die Friedensarbeit des Heimatdienstes.



Die deutsch-slowenische Kärntner Konsensgruppe ist in gemeinsamen Veranstaltungen um Frieden und Verständigung bemüht.

Allein mit Spenden können wir unsere Arbeit nicht mehr finanzieren

Wie auf Seite 15 näher ausgeführt, sind wir seit Jahren gezwungen, auf Rücklagen zurückzugreifen, was verständlicherweise jedoch auf Dauer nicht möglich sein kann.

Wir haben uns daher entschlossen, unser vierteljährlich erscheinendes Vereinsorgan „Der Kärntner“ teilweise auch durch bezahlte Werbeeinschaltungen zu finanzieren.

„Der Kärntner“ ist keine Gratiszeitung im herkömmlichen Sinn für einen beliebigen Adressatenkreis. Unsere Zeitung wird an eine gut selektierte Zielgruppe aus allen Gesellschaftskreisen versandt. Rund die Hälfte unserer Zeitungsempfänger ist in Kärnten, die andere Hälfte im übrigen Österreich wohnhaft. Ihr Inserat würde somit eine breit gestreute, sehr interessante Zielgruppe erreichen.

KHD-Verständigungskurs ist weithin anerkannt

Abgesehen vom großen Wert einer Einschaltung im „Kärntner“ wäre Ihr Inserat oder Ihr Druckkostenbeitrag auch die Anerkennung für das Bemühen des Kärntner Heimatdienstes, gemeinsam mit verständigungsbereiten Slowenenorganisationen und der „Plattform Kärnten“ ein Klima des gegenseitigen Vertrauens in Kärnten zu schaffen.

Dieses Bemühen wird heute von Spitzenrepräsentanten aus Politik, Kirche, Militär und Wirtschaft als „im Interesse Kärntens, Österreichs und Europas liegend“ (Präsident der Wirtschaftskammer Kärnten, Franz Pacher) allgemein gewürdigt.

Kärntner Heimatdienst. Obmann: Dr. Josef Feldner. Büro und Redaktion: 9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8. Telefon 0463/54002 Fax 0463/540029 Internet: www.khd.at, E-mail: office@khd.at. Layout und Umbruch: type&sign Graphikagentur GmbH. Bankverbindungen: Raiffeisen-Landesbank Kärnten Kto.Nr. 1003250 (BLZ 39.000). IBAN: AT 66 3900 0000 01003250. BIC: RZKTAT2K. Deutsche Postbank Kto.Nr. 0 120 848 806 (BLZ 700 100 80) IBAN: DE 97 700 1 080120 848806 BIC: PBNKDEFF

Mediadaten und Anzeigenpreise:

„Der Kärntner“ ist eine vierteljährliche Gratiszeitung.

Adressierte Auflage: 20.000

Bezieher: 50% Kärnten, 48% andere Bundesländer, 2% Ausland
Satzspiegel: 200 mm breit x 263 mm hoch

Anzeigenpreise netto

1 Seite – 1.440 Euro

½ Seite – 960 Euro

¼ Seite – 600 Euro

Fußleiste auf Titelseite – 800 Euro

Einschaltung vierfärbig bzw. einfärbig im Textteil

Anzeigenannahme

Kärntner Heimatdienst Prinzhoferstraße 8

9020 Klagenfurt, Tel. 0463/54002, FAX: 0463/540029

E-Mail: office@khd.at

Übermittlung der Druckunterlagen an

type&sign Graphikagentur, 9020 Klagenfurt, Rosentaler Straße 116

E-Mail: laussegger@ts-graphik.at



Wissen Ist Für Immer.



Gratis!

WIFI Kursbuch bestellen unter

T 05 94 34 1909 oder www.wifi.at

WIFI Kärnten